

Attac-Videokonferenz SÖT, Panel 3 am Sonntag, 05.04.2020

Zugrunde liegende Materialien:

- Video-Mitschnitt (beginnend im Input von Margareta)
- Chat-Protokoll
- Ergebnis-Pad

Teil 1 (Margareta Steinrücke):

1. AG ArbeitFairTeilen
2. AG Genug für Alle
3. AG Soziale Sicherungssysteme

Teil 2 (Elisabeth Voß):

4. AG Attac gegen Rechts
5. AG Kommunen/Wohnen und Deprivatisierung
6. Solidarisch Wirtschaften

1. AG ArbeitFairTeilen

Die Bundes-AG ArbeitFairTeilen sieht in radikaler Arbeitszeitverkürzung ein konstitutives Element einer attac-Strategie zur sozialökologischen Transformation aus 4 Gründen:

1. Ein Einhalten der Klimaziele ist in entwickelten Gesellschaften wie Deutschland mit einer Wochenarbeitszeit von nur noch um die 10 Stunden vereinbar. Was unter Verzicht auf Rüstungs-, Verschleiß- und Unsinnproduktion bei gleichem Lebensstandard möglich wäre. Davon erhalten wir gerade dank Corona einen Vorgeschmack.
2. Eine just transition, d.h. der sozialverträgliche Abbau von Arbeitsplätzen in klimaschädlichen Industrien, ist nur machbar, wenn er von einer radikalen Arbeitszeitverkürzung in allen Branchen flankiert wird. Die Umverteilung von Arbeit, insbesondere in die Branchen, wo Fachkräftemangel herrscht, wie Pflege, Gesundheit, aber auch Lebensmittelproduktion und Handwerk, wäre so möglich, erfordert aber flankierend große Umschulungsprogramme und langfristig eine völlige Umgestaltung des Bildungs- und Ausbildungssystems. Die Kurzarbeit in der Coronakrise ist eine solche arbeitsplatzsichernde Arbeitszeitverkürzung, allerdings mit 60/67% Nettolohnersatz nicht auskömmlich. Mindestens für untere und mittlere Einkommensgruppen muss es einen vollen Lohnausgleich geben. Deswegen könnte die attac-Forderung "30Stundenwoche mit vollem Lohn- und Personalausgleich" jetzt aktualisiert werden in "Von der Kurzarbeit zur Kurzen Vollzeit mit vollem Lohnausgleich".
3. Ein ökologischer Lebensstil mit Reparieren, Recyceln, Teilen und teilweisem Eigenanbau von Nahrungsmitteln erfordert eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit auf höchstens 20 Stunden. Auch die geschlechtergerechte Aufteilung aller Haus- und Sorgearbeit ist nur auf der Grundlage einer so verkürzten Erwerbsarbeitszeit möglich.
4. Zeitwohlstand anstelle von Geld- und Konsumwohlstand muss die neue "Währung" einer anderen Welt, wie attac sie anstrebt werden. Nur wenn wir den Menschen ein Leben mit viel Zeit für Familie, Freund*innen, Kreativität, soziale und politische Betätigung und für sich selbst, ohne gesundheitsgefährdenden Stress als attraktive Alternative zu Arbeiten ohne Ende, Konsumzwängen, Zeitnot und Stress darstellen können, werden wir sie für ein für den Klimaschutz notwendiges Herunterfahren von Produktion, Konsum und Verkehr gewinnen können.

2. Genug für Alle

Die Bundes-AG Genug für Alle tritt für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein, für das sie die Notwendigkeit durch Digitalisierung und den erwartbaren Wegfall von Arbeitsplätzen für noch dringlicher als früher hält und für das die Coronakrise die Aufnahmebereitschaft in der Gesellschaft erweitert hat. Anders als Arbeitszeitverkürzung, die im Bestehenden agiere, sieht sie ihre Forderung als Teil einer völlig anderen Gesellschaft.

Ein BGE, das nicht nur in Deutschland, sondern weltweit eingeführt werden sollte, wäre eine soziale Absicherung für alle Menschen, auch solche ohne Erwerbsarbeit oder Freelancer.

Neben einem emanzipatorischen BGE gibt es auch neoliberale Varianten (von best. Unternehmern) und derzeit autoritäre Varianten. Stattdessen bedarf es demokratischer Aushandlungsprozesse, auch um soetwas wie ein BGE, die nur unter der Bedingung von Angstfreiheit geführt werden können, die ein BGE gewährleisten könnte.

In der Diskussion wurde auf drei Bedingungen hingewiesen, unter denen ein BGE emanzipatorisch wirken könne:

1. die Höhe muss ermöglichen, "schlechte" Arbeit abzulehnen, in Deutschland derzeit etwa 1.200€.

2. die Finanzierung muss gesichert sein und zwar sozial gerecht (nicht durch z.B. 50% Mehrwertsteuer wie v. G. Werner/dm gefordert). attac-Österreich hat dazu ein Konzept mit 12 Finanzierungsquellen, u.a. Vermögensabgabe, Vermögens- und Erbschaftssteuer, Finanztransaktionssteuer, Streichung der Beitragsbemessungsgrenzen in Kranken- und Rentenversicherung u.a.m. vorgelegt.

3. ein BGE muss von Arbeitszeitverkürzung für alle flankiert sein, damit jede/r, der eine Erwerbsarbeit aufnehmen möchte, dies auch kann, und nicht eine Situation der Spaltung der Gesellschaft in kleine viel arbeitende Eliten mit Geld, Macht und Einfluss einerseits und große Masse von kurz oder gar nicht arbeitenden Alimentierten mit wenig Geld, Macht und Einfluss entsteht, die durch die Sicherung der Basisbedürfnisse ruhiggestellt sind.

Grundsätzlich wurde ein emanzipatorisches Grundeinkommen immer mit Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung zusammengedacht.

Die z.Z. wegen Corona geführte Debatte um Not- oder Übergangs-BGEs für bestimmte Gruppen muss aufgegriffen und in die Diskussion für ein BGE auf Dauer und für alle überführt werden.

3. AG Soziale Sicherungssysteme

Die Bundes-AG Soziale Sicherungssysteme setzt sich schon lange dafür ein, das Gesundheitssystem, wie alle Systeme der Daseinsvorsorge, von den Strukturen der Privatisierung und Ökonomisierung zu befreien und wieder in öffentliche Hand zu bringen. Durch die Coronakrise werden gerade von der AG und attac lange erhobene Forderungen hochaktuell und treffen in der Öffentlichkeit auf offene Ohren.

Das Gesundheitswesen muss wieder als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge organisiert werden, jenseits von Gewinnerwartungen, mit einer bedarfsbezogenen auskömmlichen Finanzierung anstelle von Fallpauschalen, mit einer großzügigen Personalausstattung, Bettenaufbau statt Klinikschließungen, Rekommunalisierung aller Krankenhäuser u.a.m.

Das erfordert eine grundlegende Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege, inclusive höhere Bezahlung, kürzere und planbare Arbeitszeiten und verbindliche Personalmindestausstattung. Hierzu arbeitet die AG mit verschiedenen Bündnispartnern, u.a. verdi zusammen, und hat u.a. eine Broschüre zur Unterstützung der Streikenden in der Pflege erstellt. Eine solche Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege würde auch viele, die der Pflege wegen unzumutbarer Arbeitsbedingunge den Rücken gekehrt haben, wieder zur Rückkehr bewegen können.

Die AG hat u.a. ein attac-Webinar zur Veränderung des Gesundheitssystems durchgeführt und beteiligt sich an Aktionen zum Weltgesundheitstag am 7.4.20, u.a. durch Zeigen des Films "Der marktgerechte Patient".

Die Frage der mangelnden Schutzkleidung für das Pflegepersonal verweist neben den fatalen Folgen der Ökonomisierung des Gesundheitswesens auch auf die Notwendigkeit, in bestimmten überlebenswichtigen Branchen wieder zu einer Relokalisierung der Produktion zu kommen. Eine Forderung, die attac auch aus Gründen des Klimaschutzes (u.a. durch Einschränkung des weltweiten Güterverkehrs) und eines gerechten Welthandels erhebt.

4. AG Attac gegen Rechts (Stephan Lindner)

Es gibt in Krisen ein Muster, das sowohl in der Klimakrise als auch jetzt bei Corona zu beobachten ist, mit zwei Fronten.

Zum einen die Verleugner: „Die Klimakatastrophe gibt es gar nicht“, das vertreten AfD und – für Attac noch wichtiger – neoliberale ThinkTanks, die für Marktradikalismus à la Reagen und Thatcher stehen. Zum anderen die mindestens genauso Gefährlichen, die die Krise als Sprungbrett nutzen um sie zu framen und in ihre eigenen Ideologien einzubauen. Das erinnert an Debatten um Rechte in den Anfängen der Grünen (Naturschutz ist Heimatschutz). In der extremen Rechten vertreten das z.B. der Jugendverband der AfD, die Identitären und Götz Kubitschek. Unter dem Klimalabel wird behauptet, es gäbe einen begrenzten Lebensraum, darum Forderungen wie: Entwicklungshilfe nur bei Geburtenkontrolle, Grenzen schließen wg. CO₂-Fußabdruck der Migrant*innen, Menschen sollen sich der Natur unterordnen, auch wenn dann eben Menschen sterben müssen.

Jetzt bei Corona: Leugner behaupten, es gäbe keine Pandemie, das sei eine Verschwörung der Eliten um die Finanzkrise zu verschleiern. Die anderen versuchen autoritäre Phantasien durchzusetzen, z.B. Handyüberwachung.

Die AG stellt einen Reader zur Ökologie von Rechts zusammen. Sie mischt sich in die Corona-Debatte ein, wenn Inhalte von Medien/Portalen wie KenFM oder Rubikon verbreitet werden (auch in Attac), möchte sie Aufklärungsarbeit leisten, damit das kritischer betrachtet wird.

In der anschl. Diskussion wurde u.a. angesprochen:

- Was ist rechts/zu rechts, was ist noch akzeptabel, wo ziehen wir Grenzen/rote Linien?
- Klare Kante gegen rechts, und gegen rechte Wortführer*innen, aber solidarisch umgehen mit Leuten, die von den Auswirkungen der Krise betroffen sind, oder im Freundeskreis.
- Nicht vorschnell Leute als „rechts“ labeln, aber auch nicht übersehen, dass es neben den „Stiefelnazis“ auch intellektuelle Rechte gibt.
- Problematisch z.B. KenFM und Rubikon, die aus der Linken kommen und sich als links verstehen.

5. AGs Kommunen/Wohnen und Deprivatisierung (Thomas Fritz, Forderungen aus dem Pad)

Kurzfristige Forderungen der AG angesichts von Corona:

1. Dezentrale Unterbringung von Obdach- und Wohnungslosen sowie Geflüchteten mit Anspruch auf Einzelzimmer!
2. Aussetzung aller Kündigungen, Zwangsräumungen und Mieterhöhungen!
3. Statt Stundung grundsätzlicher Erlass von Mietschulden durch Vermieter*innen! > Mietobergrenze ist Voraussetzung
4. Leistungen der Grundversorgung – Energie, Wasser und Telekommunikation – müssen sichergestellt sein. Schulden, die Mieter*innen aus ausstehenden Gebührenzahlungen für diese Leistungen in der aktuellen Krise entstehen, müssen ebenfalls erlassen werden.

Langfristige Forderungen:

- in allen Bundesländern dauerhafte Mietobergrenzen einführen, die sich an der Bezahlbarkeit orientieren (sog. Mietendeckel),
- öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsbestände erweitern,
- profitorientierte Wohnungsunternehmen enteignen und vergesellschaften,

- eine Neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen,
- öffentliche Wohnungsgesellschaften durch Mieter*innen und Stadtgesellschaft demokratisch kontrollieren,
- Privatisierung von Grundstücken stoppen, öffentliche Bodenbevorratung und gesellschaftliche Mitbestimmung in der Bodenpolitik umsetzen.

6. Solidarisch Wirtschaften (Elisabeth Voß)

Unter Solidarischer Ökonomie wird eine Wirtschaft zur Erfüllung von Bedürfnissen verstanden. Zum Beispiel die Donut-Ökonomie (Kate Raworth): Nach innen gibt es die sozialen Grenzen, die nicht unterschritten werden dürfen, weil es sonst Not und Elend gibt. Nach außen die ökologischen Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen.

Mein Vorschlag: Bei den drei Säulen/im Dreieck der Nachhaltigkeit das Ziel der Ökonomie – neben Ökologie und Sozialem – durch Demokratie ersetzen, weil die Ökonomie kein eigenes Recht hat, sondern den Menschen dienen soll. Sich damit aktiv in die Nachhaltigkeitsdebatten einschalten, aber Vorsicht vor den Globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) 8 (auch Wachstum drin) und 17 (Partnerschaften). Aktuell ist Global Health ein großes Thema, da spielen private Akteure in globalen Partnerschaften (PPPs) eine dominante Rolle, v.a. die Bill & Melinda Gates Stiftung. Diese nutzen viele wohlklingende Worte (Impact, Gemeinwohl, Social Innovation ...), die aber neoliberale Kampfbegriffe sind. Es gibt bereits dazu passende Finanzmarktinstrumente (Impact Investment).

Analytisch ist es wichtig zu unterscheiden zwischen authentischer Solidarwirtschaft und philanthropkapitalistischer Charity, in der Realität gibt es jedoch Mischformen und fließende Übergänge. Wichtig ist, die Wirtschaft zu demokratisieren (aber es gibt nicht die eine Demokratie) und dabei Machtverhältnisse und Interessengegensätze im Blick zu behalten. Der Begriff „Gemeinwohl“ (wenn auch gut gemeint) verwischt das.

Solidarische Ökonomie hat für mich vier Säulen:

1. die genossenschaftliche wirtschaftliche Selbsthilfe.
2. Versorgung für Alle durch Gesellschaftspolitik und soziale Infrastrukturen.
3. Damit verbunden die Kämpfe gegen Privatisierung und Sozialabbau.
4. Und all das mit globaler Perspektive.

Um ein gutes Leben für alle wirklich erreichen zu können, ist eine Feminisierung von Politik erforderlich: Nicht nur Frauen in Entscheidungspositionen und Gleichstellung, sondern vor allem eine andere Art von Politik. Denn es kommt nicht nur darauf an, WAS wir tun, sondern auch, WIE wir das machen (auch wichtig für Attac). Und dass die Wirtschaft das Lebensnotwendige in den Mittelpunkt stellt, i.S.d. Care-Revolution.

Diese andere Art von Politik geht – wie es die Zapatist*innen versuchen – fragend voran, ist dabei kämpferisch, emanzipatorisch und global-solidarisch.